Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag Bezugspreis in Elbing frei Haus vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark; bei den Abholestellen 4.20 bezw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreis: einspaltige Petitzeile 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei für Elbing und Umgegend

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071. Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm. Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 2 | **Donnerstag, den 23. Oktober 1919** | **1. Jahrgang**

Was der Tag bringt

Die Streikwelle in Amerika. Wie aus Washington gemeldet wird, ist die Streikbewegung in den Vereinigten Staaten ins riesenhafte gewachsen. Allein in Neuyork zählt man zurzeit etwa 60 Streiks. Der Streik der Metallarbeiter dauert unvermindert fort, und der Streik der Eisenbahner ruft bereits große Beunruhigung im Wirtschaftsleben hervor. Zur Verhinderung des drohenden Bergarbeiterstreiks, der eine außerordentlich ernste Krise für das Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten bedeuten würde, werden große Anstrengungen gemacht. Die amerikanische Regierung hat festgestellt, daß, wenn der für den 1. November geplante Bergarbeiterstreik wirklich zum Ausbruch komme, die Eisenbahnen nur für zehn Tage Steinkohlen hätten. Wahrscheinlich wird ein Ausfuhrverbot für Steinkohle erfolgen.

Gegen die Hungerstreikschande. Wie die Frankf. Zeitung aus Oberhausen meldet, ist die gesamte Belegschaft der Zeche Rhein 1 in Wehofen in einen 48stündigen Proteststreik getreten, weil von den in Werl inhaftierten politischen Gefangenen zwei erkrankt sind und einer an Hunger gestorben ist. Notstandsarbeiten werden ausgeführt.

50 000 Kommunisten im Gefängnis. Von geradezu entsetzlichen Verfolgungen und Martern, der die ungarische Arbeiterschaft ausgesetzt sind, gibt ein Aufruf Kunde, den das einzige der weißen Reaktion entronnene Mitglied des ehemaligen russischen Sowjet an die Proletarier der ganzen Welt richtet. Hier heißt es unter anderem:

„Fünfzigtausend Genossen sind im Gefängnis und Dutzende unter ihnen sind bereits ermordet. Man nimmt sich nicht die Mühe, sie eines Verbrechens anzuklagen, es genügt, jemanden als Sozialisten und Kommunisten zu denunzieren und er wird sofort eingekerkert. Dies trifft nicht etwa bewaffnete aufständige Revolutionäre, sondern friedliche Arbeiter und selbst Arbeiterkinder.

Der weiße Terror vergießt heute an einem Tage mehr Blut, als in der ganzen vier Monate langen Diktatur des Proletariats geflossen ist."

Vom Berliner Metallarbeiterstreik. Entgegen Berichten bürgerlicher Blätter, die die Beendigung des Berliner Metallarbeiterstreiks meldeten, sei festgestellt, daß der Streik noch andauert. Es finden noch immer Verhandlungen zur Einigung statt. Die Streikenden denken nicht an die Wiederaufnahme der Arbeit, ehe diese Beratungen beendet sind. Die Boykottierung der Mitglieder der Technischen Nothilfe ist bisher von der Fünfzehnerkommission nicht zurückgenommen worden. In einer Erklärung, die die Freiheit veröffentlicht, fordert die Fünfzehnerkommission alle Obleute der Streikleitung auf, ihr mitzuteilen, wer von den Mitgliedern der Gewerkschaften der Technischen Nothilfe angehört.

Landarbeiterstreik in Italien. Infolge eines Ausstandes der Landarbeiter in der Provinz Piacenza geht die ehemals blühende Provinz, wie der Secolo meldet, vollkommen dem Elend entgegen. Alle Versuche der Regierung, eine Verständigung zwischen beiden Parteien zustande zu bringen, haben sich zerschlagen. Die Herbstsaat ist fast vollständig unterblieben, so daß ungeheure Landstrecken nicht bebaut werden konnten. Die Eigentümer haben aus Mangel an Futtermitteln und Arbeitskräften ihre Viehbestände zum größten Teil nach den benachbarten Provinzen verkauft. Infolgedessen fehlt es an Milch und Milchprodukten.

Forderungen englischer Seeleute. Die von den Räten der englischen Seeleute aufgestellten Forderungen umfassen 14 Punkte, darunter Mindestlohn, freie Kost an Bord auch während des Ladens, Festsetzung einer bestimmten Zahl von Arbeitsstunden auf See und in den Häfen, das Recht der Seeleute auf einen Teil ihres Verdienstes bei der Ankunft im fremden Hafen, im Falle von Schiffbruch Bezahlung des Lohnes bis zur Heimkehr des Seemannes, Entschädigung an die Hinterbliebenen bei Verlust des Lebens, Entschädigungen bei Unglück und bei Verlust von persönlichem Besitz, die Reorganisation des drahtlosen telegraphischen Dienstes auf See und die Bildung eines gemischten nationalen Seefahrtsrates und eines solchen internationalen Rates.

Für die dritte Internationale. In einer Versammlung der Leipziger Unabhängigen wurde nach längerer Aussprache eine Entschließung angenommen, die sich für das sofortige Ausscheiden der unabhängigen Sozialdemokratie aus der zweiten Internationale und für die Nichtbeschickung der Genfer Konferenz ausspricht. Die Entschließung fordert weiter die Beteiligung an der dritten Internationale. Für diese Entschließung stimmten 910, gegen sie 497.

Vom Metallarbeiterverbandstag. Die Abstimmung über die Erwerbslosenunterstützung ergab keine Mehrheit für deren Erhöhung. Beschlossen wurde, die Krankenunterstützung mit den bestehenden Sätzen der Arbeitslosenunterstützung gleichzustellen. Das Sterbegeld wurde in Klasse 1 festgesetzt auf 60 Mark nach 52, steigend auf 200 Mark nach 572 Beitragswochen.

Stadt Groß-Berlin. An zuständiger Stelle erfährt die Dena, daß sich das Staatsministerium in seiner Sitzung am 21. Oktober erneut mit dem Gesetz über die Bildung einer Stadt Groß-Berlin beschäftigt. Ueber das Resultat der Beratung ist bisher nichts bekannt.

Wir und Polen. Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Ein Danziger Blatt läßt sich aus Berlin berichten, daß die Besetzung von Westpreußen durch polnische Truppen alsbald zustande komme. Diese Meldung ist nicht nur unbegründet, sondern auch geeignet, eine vollkommen falsche Auffassung zu erwecken. Sie ergäbe überhaupt nur einen Sinn, wenn sie sich auf die abzutretenden Landesteile bezöge. Von einer alsbaldigen Besetzung durch polnische Truppen kann nicht die Rede sein, vielmehr wird von den Kommissionen, die jetzt in Berlin verhandeln, ein Räumungsplan in gegenseitiger Beratung festgestellt. Erst wenn dieser festgestellt, außerdem der Friedensvertrag in Kraft getreten sein wird, kann von einer Besitznahme durch die Polen in dem Maße, wie unsere eigenen Truppen zurückgezogen werden, gesprochen werden.

Arbeiterlohn und Unternehmerprofit

Bei den ungeheuren Preistreibereien hat das Großkapital, die der Staatskrippe nahestehenden Schichten und ein sich einnistendes Schiebertum verstanden, allen Nutzen in seine Taschen und durch diese zum wahrscheinlich größten Teil ins Ausland fließen zu lassen.

Die Erhöhung des Arbeitslohnes hat mit der Erhöhung der Preise nicht gleichen Schritt gehalten.

Die ganze Kunst der heutigen aus den Vertretern der Arbeiterschaft zusammengesetzten Regierung hat dahin geführt, daß der Arbeitslohn durch die fortwährenden Preiserhöhungen tatsächlich weit unter das Niveau der Vorkriegszeit herabgedrückt worden ist. Und in höherem Maße gilt das noch von den Angestellten und Beamten, von den Renten und Pensionen. So sieht bis heute der Sozialismus in der Praxis aus.

Alles, was die Mehrheitssozialdemokratie als Regierungspartei bisher der Arbeiterschaft, den Angestellten und Beamten gebracht hat, ist die — größte Verschlechterung ihrer Lebenshaltung, die seit Menschengedenken zu verzeichnen war. Und wo kommt das Drittel hin, das heute die Arbeiterschaft weniger verdient, das dem früheren Mittelstand mittels der Preiserhöhungen abgenommen wird und das zum großen Teil doch umläuft? Es fließt in die Taschen weniger, der Spekulanten, der Schieber, aber auch der Unternehmer.

Denn während die Löhne nominell um das etwa Zweieinhalbfache gestiegen sind, sind die Warenpreise überall um mehr als das Fünffache, meist um mehr als das Zehnfache gestiegen. Der Gewinn fließt in die Hände einzelner.

* * *

Die Geldumsätze und Gewinne der Unternehmer sind trotz des Rückgangs des Warenumsatzes in ganz gewaltigem Umfang gestiegen. Auch hierfür liegen heute zahlenmäßige Unterlagen vor.

So brachte die Düsseldorfer Freie Zeitung kürzlich Angaben über die Einkommenbewegung in Düsseldorf für die Jahre 1915 bis 1917, denen die folgenden Zahlen entnommen sind.

Es betrug demnach der Jahresverdienst:

	1915	1917	Steigerung
Papierfabrik	Mk. 210.000	2.946.000	14 fach
"	Mk. 31.000	556.000	18 "
Kleine Metallwarenfabrik	Mk. 99.800	1.225.000	12 "
Dampfsägewerk	Mk. 10.000	300.000	30 "
Lackfabrik	Mk. 40.000	201.000	5 "

Aehnliche Verhältnisse trifft man bei Nachprüfung der veröffentlichten Bilanzen von Aktiengesellschaften. Gegenwärtig sind die Gewinne noch weiter gewachsen.

Während also die Einkommensverhältnisse der Arbeiterschaft nicht im Verhältnis zu der Verteuerung der Lebenshaltung stiegen, sind die Verkaufspreise so gut wie aller Industrieprodukte in einem die mittlere Preiserhöhung um das Vierfache noch weit übersteigenden Maße angewachsen.

Auf Grund der heutigen Arbeitslöhne dürfte kein einziges inländisches Industrieprodukt gegenwärtig mehr als den dreifachen Preis, tatsächlich sogar nicht einmal diesen kosten. Alles was heute mehr dafür gelöst wird, ist müheloser Gewinn wucherhafter Art.

Nicht die hohen Löhne sind schuld an den gegenwärtigen hohen Preisen, sondern der übermäßige Gewinn an ihnen durch Arbeitgeber und Zwischenhandel.

Das Aergste aber an diesen Zuständen ist, daß die hohen Gewinne der Nichtarbeiter ins Ausland wandern und weder steuerlich erfaßt werden, noch im Lande weiter umlaufen.

* * *

Zweierlei tut heute not:

Erstens die Löhne und Gehälter in Einklang zu bringen mit den tatsächlichen Preisen. Das würde eine etwa 50prozentige Lohnerhöhung verlangen und eine noch größere Erhöhung der Gehälter.

Zweitens die bisherigen übermäßigen Gewinne von Arbeitgebern und Zwischenpersonen zu beseitigen.

In der Praxis bedeutet das die Unterdrückung des Wuchers und des Schiebertums.

Das weiß man natürlich im Lager des Großkapitals und des Großschiebertums — beide Begriffe sind identisch — sehr genau. Das weiß man auch genau im Regierungslager.

Die systematische Irreführung, die bis zur Verhetzung gesteigert wird, über die angeblichen hohen Löhne der Arbeiterschaft als Grund der Teuerung und die Hetze gegen die angebliche Arbeitsunwilligkeit der Arbeiterschaft, haben nur den Zweck, die Aufmerksamkeit abzulenken von den eigentlich für die Preisteuerung Verantwortlichen. Sie sind der Deckmantel, unter dem der Wucher weiter blühen soll und die Preise immer weiter in die Höhe getrieben werden. Beseitigt man dann noch die Lebensmittel, um sie zu verteuern, sorgt für Kohlenknappheit, um sie zu verteuern, sorgt für Verkehrsschwierigkeiten zu dem gleichen Zweck, dann wird wohl endlich das verzweifelte Volk in seiner Not hochgehen. Dann wird es mit Hilfe der Noskegarden niedergeworfen, der Arbeitszwang eingeführt und damit hofft das heutige Schiebertum den dauernden Genuß seiner jetzigen Position gesichert zu haben.

Das ungefähr dürften die wirklichen Absichten der Drahtzieher der jetzigen reaktionären Entwicklung sein. Es ist genau das gleiche Verfahren, nach dem der Weltkrieg provoziert wurde, es sind auch noch immer die gleichen handelnden Personen.

Den Plan entlarven dürfte bedeuten, ihn verhindern.

Dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit aber kann man den Vorwurf nicht ersparen, daß es sich da gröblich irreführen läßt, wo ein wenig Nachdenken das ausschließen müßte.

Wird es doch noch Tausende geben, die auch nach den hier gegebenen Aufklärungen weiter schimpfen werden auf die Arbeiter, die nicht arbeiten wollen und auf die hohen Löhne als Ursache der Teuerung, und die Regierung auffordern, da einmal endlich mit fester Hand zuzugreifen. Und im Hintergrund steht Mephisto Wucher und schert seine riesengroßen Schafe.

* * *

Die gewaltige Steigerung der Unternehmergewinne, bei im allgemeinen beträchtlich gesunkenem wirklichem Umsatz an Waren, ist nur möglich durch Verschiebung des Anteils von Lohn (resp. Gehalt) und Geschäftsgewinn des Arbeitgebers an der erzeugten Ware und zweitens durch Verschiebung der Einkommensverhältnisse und Verbrauchsausgaben innerhalb der ganzen Volkswirtschaft. Auf diese Weise konnten durch Herabdrückung des Anteils der Löhne und des Einkommenswertes der großen Massen die Beträge frei werden, die einer zahlenmäßig kleinen Schicht der Bevölkerung, trotz des bedeutenden Rückgangs des „gesamten Reichtums der Nation" und des wirklichen nationalen Gesamteinkommens in erzeugten Gütern gewaltige Mehrgewinne verschafft haben.

Das wirkliche Einkommen der Arbeiterschaft ist gegenüber der Zeit vor dem Kriege um mehr als ein Drittel gesunken, noch stärker ist das Sinken des Einkommens der Angestellten, des Mittelstandes, der meisten Mitglieder der freien Berufe, des Rentnertums. Man hat nur nötig, das jetzige Einkommen durch vier zu teilen, und mit dem der alten Friedenszeit zu vergleichen, um zu wissen, wie stark es — zurückgegangen ist.

Der tatsächliche Rückgang wird nur dadurch verhüllt, daß die Mark zahlenmäßig nicht geändert wurde, während sie ihrer Kaufkraft nach nur noch 25 Pfennig wert ist und bei dem ungehemmt weiter blühenden Wucher und der völligen Korruption unserer Staatsmaschine weiterhin sinken muß.

Rechtspflege im neuen Deutschland

a) Ihre Humanität

Der Mörder Runge führt im Gefängnis ein Freudenleben, mit Wein, Zigarren usw. reichlich durch seine Freunde versehen.

Der Mörder Vogel ist wohlbehalten in Uruguay in Süd-Amerika eingetroffen.

Der 32fache Mörder Marloh wird im Sanatorium gepflegt.

Der Leutnant von Simons, der tapfere Räuber und Zerstörer der französischen Fahnen, der einen Schreiber mit 500 Mark bestechen wollte, um in die Zelle Karl Radeks gelassen zu werden, wird freigesprochen, denn:

„Unterstellt man, daß der Beschuldigte tatsächlich die Absicht gehabt habe, Radek zu ermorden, so ist die Tat jedoch nicht so weit gediehen, daß ein strafbarer Tatbestand verwirklicht war. Unter dem Gesichtspunkt des Mordes war die Tat nur strafbar, wenn sie bereits in das Stadium des Versuchs getreten war. Hier ist es jedoch bei den ersten Vorbereitungshandlungen verblieben und die Erreichung des Versuchsstadiums durch die rechtzeitige Festnahme des Beschuldigten vereitelt worden.

Urkundenfälschung kommt nicht in Frage, weil der Beschuldigte von keiner Urkunde Gebrauch gemacht hat.

Ebenso kommt Bestechung nicht in Frage, da die nach dieser Richtung hin gestellte Aeußerung des Beschuldigten so vager Natur ist, daß darin ein Versprechen von Vorteilen für irgendeine bestimmte pflichtwidrige Handlung nicht erblickt werden kann.

Für Mißbrauch der Dienstgewalt und Amtsanmaßung fehlt es an entsprechenden Anhaltspunkten.

Das Verfahren ist demnach einzustellen, ohne daß es darauf ankommt, nachzuprüfen, ob wirklich der Beschuldigte, wie aus der Kindlichkeit seines Verhaltens wohl geschlossen werden kann, gar nicht die Absicht der Ermordung gehabt hat, sondern entweder überhaupt planlos vorgegangen ist oder, wie er angibt, nur die Zuverlässigkeit der Wachtleute auf die Probe stellen wollte."

b) Ihre Strenge

Die andere Seite der deutschen „Rechtspflege", welche Hunderte ohne jeden Grund — lediglich auf die Verdächtigung von Lockspitzeln hin — monatelang in Schutzhaft, d. h. in vollkommener Rechtslosigkeit, schmachten läßt, trat in grellste Beleuchtung während und nach dem — Münchener Geiselprozeß. Die Verhandlung zeigte ein Bild traurigster Instinktverwirrung und Instinktverwilderung unter einem Teil der Angeklagten; aber das Bild, das die Galerie, die Presse und die Verhandlungsleitung bot, war noch um viele Grade entsetzlicher; dieselbe Presse, welche Spalten mit ihrem Abscheu vor diesem Morde füllte, fand keinen Ton der Anklage gegen die Ermordung der gefangenen Rotgardisten, gegen die durch den Prozeß erwiesene Fälschung der Unterschrift Eglhofers,

gegen den provokatorischen Mißbrauch des Dienststempels durch die Thule-Gesellschaft usw. Und dieselbe Presse, die nicht müde wurde, ihre Feindschaft gegen jede Gewalttat zu feiern, berichtete über die Hinrichtung mit festlicher Befriedigung Folgendes:

„Besonders zuverlässige Truppen waren zu der Erschießung kommandiert worden, doch hatten sie sich aus allen Teilen der Reichswehr des bayrischen Kontingents zur Vollstreckung des Urteils bereit erklärt, ein Zeichen der Erregung, welche sich der gesamten Bevölkerung angesichts der Ergebnisse der Prozeßverhandlungen bemächtigt hatte."

Dieser Blutdurst im nüchternen Alltag, nicht in der letzten Not des Entscheidungskampfes, ist unvergleichlich gräßlicher als die Tat selbst, die gesühnt werden soll. Und wo findet man dieses Kulturdokument? Im Berliner Tageblatt, dem Organ der „gebildeten" „demokratischen" Bourgeoisie.

Die Demokraten sind niemals als Partei gegen die Todesstrafe gewesen. Dies war aber die Sozialdemokratie. Wie war es möglich, daß von einem sozialdemokratischen Ministerium ein Todesurteil bestätigt werden konnte?

Auch darüber unterrichtet uns das Berliner Tageblatt. Es schrieb:

Nach der neu in Kraft getretenen Verfassung steht die Bestätigung von Todesurteilen allein dem Ministerrat zu. Der Ministerrat begann heute vormittag 9 Uhr im Justizministerium. Bis zum Schluß der Redaktion war die lange und verantwortungsschwere Sitzung noch nicht beendet. Der Entscheidung sehen die politischen Kreise mit um so größerer Spannung entgegen, als die Stellung der sozialistischen Mitglieder des Ministeriums überaus peinlich ist. **Ihr Parteiprogramm verbietet ihnen bekanntlich die Billigung von Todesurteilen prinzipiell.** Nun aber haben die Sozialdemokraten nach Auflösung des Militärministeriums gar nicht mehr, wie bisher, die Mehrheit der 5 Stimmen gegen die der 4 bürgerlichen. Sie haben aber zurzeit nicht einmal Stimmengleichheit mit den bürgerlichen Stimmen, denn der Ministerpräsident ist von München abwesend und befindet sich auf seiner Ferienreise. So dürften voraussichtlich die bürgerlichen Ministerratsmitglieder das Uebergewicht haben."

Als Leviné seinerzeit erschossen wurde, war Hoffmann in Davos und protestierte nachher telegraphisch. Jetzt aber befand er sich auf seiner Ferienreise und mordete dadurch mit vollem Bewußtsein sechs Menschen.

Und dieser Mensch ist noch immer Sozialdemokrat und Ministerpräsident. **Ein Genosse der S. P. D.!**

Politische Rundschau

Deutschland

Noske-Landsknechte als Mörder

In München stehen zurzeit vier Angehörige der Reichswehr vor Gericht, die die Hauptbeteiligten an dem Massenmord der katholischen Gesellenvereinler sein sollen. Die Vernehmung der Angeklagten schon förderte manche interessanten Momente ans Tageslicht. Als erster von ihnen wird ein gewisser Müller vernommen. Müller kam im Juni 1918 ins Feld und stand beim 20. Reserve-Regiment. Er erhielt das Eiserne Kreuz 2. Klasse und das Verdienstkreuz. An der Marne ist Müller verschüttet. Ueber die Vorgänge, die zum Prozeß führten, gibt der Angeklagte folgende Schilderung: „Es war uns durch unsere Vorgesetzten wiederholt gesagt worden, wir sollten keine Rücksicht nehmen, wenn wir Spartakisten erwischen. Es seien Lumpen, die keinen Menschen schonten. Es wurde auch viel davon erzählt, daß die Roten auf den Kopf eines jeden Regierungssoldaten eine Prämie von 300 Mark ausgesetzt hätten, und daß sie jeden erschössen, den sie erwischten. Am 6. Mai bekamen wir von der Kompagnie Wein, den wir aus Kochgeschirren tranken. Entgegen einem Befehle sahen wir uns an diesem Tage die Stadt an und kamen in das Restaurant „Zur Stadt Straßburg". Plötzlich setzte auf der Straße eine Schießerei ein. Wir gingen auf die Straße hinaus. Es fielen Schüsse, und zu derselben Zeit wurde ein Trupp Menschen vorbeigeführt, von denen es hieß, sie seien Spartakisten. Alles schrie: „Die Kerle müssen erschossen werden." Wir schlossen uns den Truppen an, auch eine Anzahl Vorgesetzte und andere Mannschaften. Ich bin dann mit den übrigen Mannschaften in den Keller gegangen. Alles stürzte sich auf die Leute her und schrie: „Die werden erschossen!" Ich schoß dann auch mit meiner Pistole nach den vermeintlichen Spartakisten. Ich war so erregt, daß ich mich an alle anderen Vorgänge nicht mehr erinnern kann." Der Angeklagte kann auf Befragen des Vorsitzenden nicht angeben, wie viele Personen er erschossen hat.

Es wird hierauf der Angeklagte Makowski, seinerzeit Vizefeldwebel im Alexander-Regiment, aufgerufen. Der Angeklagte schildert das Eintreffen am Karolinen-Platz. Es sei u. a. die Aeußerung gefallen, jetzt wolle man richtig rein machen. Müller habe dabei am tollsten gehaust. Auf Befragen des Vorsitzenden bekundet der Angeklagte, er habe nicht zugeschlagen, sondern die Leute nur hingeführt, um sie vorschriftsmäßig zu übergeben.

Der dritte Angeklagte Grabasch ist gleichfalls Träger des Eisernen Kreuzes 2. Klasse. Am Tage der Tat hörte der Angeklagte eine Schießerei. Er holte daraufhin seine Pistole aus dem Quartier und stieg über drei Zäune hinweg in den Hof des Karolinenplatzes 5 in dem Glauben, daß ein Angriff auf den dort liegenden Stab versucht werde. Im Hofe lagen bereits mehrere Tote. Grabasch sah, wie Müller einen Mann aus dem Keller herauszog, nach dem Schuppen mit ihm ging und einen Schuß auf den Mann abgab. Grabasch behauptet weiter, Müller habe einem Manne, der bereits verwundet war, drei Schläge mit dem Seitengewehr über den Kopf gegeben; um seine Leiden abzukürzen, habe er, Grabasch, dem Schwerverletzten den Gnadenschuß gegeben. (Lebhafte Bewegung im Zuhörerraum.)

Der vierte Angeklagte Kremer bekundet, Müller habe schon unterwegs auf die Leute eingeschlagen, ebenso ein großer Vizefeldwebel.

So sehen Noskes Schützlinge nach eigenem Eingeständnis aus.

Als erster Zeuge schilderte der Schreiner Joseph Ascher, wie er und andere Mitglieder des Gesellenvereins im Vereinslokal überfallen und „Hände hoch!" abgeführt wurden. „Wir wurden dann in einen Kellerraum hinabgestoßen. Am Eingang stand Makowski und schlug jeden Verhafteten. Im Keller waren wir ungefähr 15 Personen. Dann kamen Soldaten in den Keller herunter, darunter Makowski. Sie befahlen uns, uns in der Nische mit dem Gesicht nach dem Boden niederzulegen. Kaum lagen wir, da fielen die ersten Schüsse. In unserer Todesangst standen wir wieder auf. Mein Freund Wieler rief: „Wenn Ihr uns erschießt, dann laßt uns wenigstens noch ein Vaterunser beten", es half aber alles nichts."

Der Schmalkaldener Skandal

Schmalkalden ist bekanntlich auf Veranlassung des an Stelle Genossen Vogtherrs zum Landrat von Herrn Heine ernannten Rechtssozialisten Schubert unter Belagerungszustand und militärischen „Schutz" gestellt worden. Unter Führung des Genossen Mehrhof aus Erfurt versuchten die Schmalkaldener Arbeiter in einer Besprechung mit dem Landrat Schubert und dem Kommandeur der Besatzungstruppen zu einer Verständigung zu gelangen. Schubert verlangte als Vorbedingung für die Aufhebung des verfassungswidrigen Belagerungszustandes die Abgabe aller in Arbeiterbesitz befindlichen Waffen. Wie das gemacht werden solle und ob überhaupt die Arbeiter ebenso wie das Bürgertum bewaffnet seien, vermochte Herr Schubert nicht nachzuweisen. Unsere Genossen erklärten sich bereit, einen Aufruf zur Waffenabgabe an die gesamte Bevölkerung des Kreises zu unterstützen, erklärten jedoch, daß zur Beruhigung der durch den Belagerungszustand und die Anwesenheit der Besatzungstruppen erregten Stimmung eine öffentliche Versammlung notwendig sei. Nur dann könne auch die Wiederaufnahme der Arbeit, der Abbruch des Generalstreiks erzielt werden!

Der Kommandeur der Reichswehrformation war mit der Versammlung durchaus einverstanden. Nicht so Herr Schubert, der von Machtbewußtsein und Autoritätsdünkel kollerte und erklärte, er genehmige die Versammlung nicht. Genosse Mehrhof gab ihm darauf zu wissen, daß er durch seine Politik der Gewalt die Mißstimmung und Erbitterung in der Bevölkerung noch vergrößere, unterstützt vom Kommandanten, Major Dietrichs! Es half alles nichts, Herr Schubert blieb hart und will mit Gewalt sein Ziel erreichen.

Wenn in Schmalkalden aber die Lage sich wieder verschärft, trägt er die Schuld daran.

Ein Kommentar zum Vorgehen dieses „sozialistischen" Landrats erscheint überflüssig! Nur eine Bemerkung: Er setzt lediglich fest, was seine Genossen während des Krieges begonnen! Sie waren schon damals häufig päpstlicher als der Papst und mußten sich von Militärs über den Umgang mit Menschen belehren lassen! Was sagt Scheidemann dazu, der jetzt wieder die Einigungsstandarte schwingt?

Aus der Nationalversammlung

wird uns geschrieben: Die Finanzen spielen in der Reichspolitik jetzt die wichtigste Rolle. In der Sitzung am Dienstag begann die Beratung des Etats des Reichsschatzministeriums und ganz wider Erwarten ist das sonst gähnend leere Haus halbwegs besetzt, die Regierungsbänke zeigen sogar eine starke Fülle. Der Reichsschatzminister Mayer schildert einleitend, welche großen Aufgaben dem Schatzamt gestellt seien. Es handelt sich im wesentlichen um den Abbau des Militarismus. Dem Reichsschatzamt ist die Verwendung des mobilen und immobilen Heeresgutes überwiesen. Es hat eine heillose Unordnung bei dem mobilen Heeresgut geherrscht. Man wußte nicht, was vorhanden war und konnte infolgedessen auch nicht kontrollieren, wie Unterschleife und Verschiebungen vorkommen, hatte überhaupt keinen rechten Begriff von den Werten, die zur Verfügung standen. Der Schatzminister behauptet, daß heute Ordnung sei. 95 Prozent der Vorwürfe, die erhoben wurden, seien unberechtigt oder an die falsche Adresse gerichtet. Die Inventur habe ergeben, daß aus dem Heeresgut 2 bis 3 Milliarden erzielt werden können. — Bei den immobilen Heeresgütern handelt es sich um die Militär- und Marinebetriebe. Diese Betriebe sollen auf Friedensarbeit umgestellt und der Produktion nutzbar gemacht werden. Nach Auffassung des Schatzministers geht das nur durch die Bildung von Gesellschaften. Die Fäden dieser Organisation würden zusammenlaufen bei einer Abteilung des Schatzministeriums, die, wenn die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft noch dazu komme, den größten Industriekonzern der Welt bilden dürfte. Bei den Kriegsbetrieben, die von der Heeresverwaltung während des Krieges neu und nur für Kriegszwecke eingerichtet wurden, ist eine gewaltige Geldverschwendung getrieben worden. Man hat die Betriebe nicht eingerichtet für kurze Zeit, sondern als ob sie für die Ewigkeit bestimmt seien und nebenher noch mit allerhand Luxus ausgestattet. Das soll nun nach der Umstellung natürlich in Wegfall kommen. Es kommen bei den Kriegsbetrieben etwa 45 000 Arbeiter in Frage. Der Schatzminister versichert, daß versucht werden soll, die Arbeiter möglichst unterzubringen, aber mit Entlassungen sei auch für die nächste Zeit noch zu rechnen. Seine Schlußausführungen richten sich gegen die großen Kosten, welche die Besatzungstruppen verursachen. Allein in Wiesbaden seien vier Millionen für militärische Bauten verwendet worden. Der Schatzminister gibt der Entente anheim, in ihrem eigenen Interesse den Bogen nicht zu überspannen und sichert sich damit den Beifall seiner Parteifreunde.

Für Sowjetrußland!

Mit allen gegen zwei Stimmen nahm der Verbandstag der Metallarbeiter folgende Entschließung an:

Die imperialistischen Regierungen der Entente holen zu einem letzten Schlag gegen das sozialistische Rußland aus. Durch eine verschärfte Blockade aller kapitalistischen Staaten der Erde soll es wirtschaftlich ruiniert und auf die Kniee gezwungen werden. Gleichzeitig stürmen im Osten erneut gegenrevolutionäre russische Armeen in Gemeinschaft mit verhetzten deutschen Söldnerheeren gegen Sowjetrußland an.

In Rußland soll der Herd der proletarischen Weltrevolution, der gefährlichste Feind des Weltimperialismus getroffen und vernichtet werden. Um das zu erreichen, geht die Entente sogar soweit, ihre verachteten Todfeinde von gestern zur Teilnahme an ihrem Vernichtungsfeldzug zu befehlen. Ihre bürgerlich-sozialpatriotischen deutschen Lakaien beeilen sich, dem Wink zu gehorchen.

Der in Stuttgart versammelte Kongreß der deutschen Metallarbeiter, der ein und eine halbe Million deutscher Arbeiter vertritt, entbietet in dieser schweren Stunde den russischen Genossen brüderlichen Gruß und herzliche Sympathie.

Der Kongreß richtet an die französischen, amerikanischen, italienischen und englischen Arbeiter, durch deren Aktionen die Entente gezwungen wurde, direkte militärische Interventionen in Rußland aufzugeben, die dringende Aufforderung, ihre Anstrengungen heute schon zu verdoppeln, um die Aufhebung der wirtschaftlichen Blockade gegen Rußland zu erzwingen.

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

2]

Jetzt schoß Jordan wieder ein Blutstrom in die Wangen. Er sprang auf.

„Verzeihung — aber — das . . ." es klang bedrohlich. Auch Herr von Kern erhob sich, trat neben Jordan und legte ihm begütigend die Rechte auf die Schulter.

„Ich bitte Sie um eins", sagte er, „nur um das eine. Hören Sie mich ruhig an. Ich habe meinen Abschied eingereicht und werde mich baldmöglichst in das Privatleben zurückziehen. Erlauben Sie einem älteren Kollegen, der Sie aufrichtig hochschätzt und Ihre erlesenen Gaben voll anerkennt, Ihnen einiges zu sagen, was er seit Jahren schon auf dem Herzen hat. Sie haben Ihr Amt in langer Dauer mit Hingebung geführt und mit einem vorbildlichen Eifer. Ihre Beförderung in die nächst höhere Dienstklasse steht nahe bevor, und ich bin sicher, daß Ihnen noch eine glänzende Laufbahn offen ist. Sie selbst sind heute ein reifer Mann, mit Ihren fünfzig Jahren wohl kaum mehr geneigt, Ratschläge für Ihre Amtsführung anzunehmen, und doch möchte ich, ehe ich aus dem Dienste gehe, in aller Hochachtung — ja — aus einer gewissen kollegialischen Zuneigung heraus, Ihnen einiges eröffnen. Was ich Ihnen sagen möchte, sage ich auch im Hinblick auf die jüngeren Kollegen, die in Zukunft unter Ihrer Aufsicht arbeiten werden, im Hinblick auf die jungen Kräfte, die in Ihnen und Ihrem Wirken Vorbild und Muster sehen sollen. Also, Herr Kollege Jordan — außerdienstlich — rein menschlich gesprochen, Sie wenden im Amte — für mein Gefühl — allzuviel Schärfe auf. Es ist Ihnen wohlbekannt, daß seit Jahr und Tag in Parlament und Presse gegen das Institut der Staatsanwaltschaft Sturm gelaufen wird. Unser Amt, als das des öffentlichen Anklägers, steht wenig in Gunst . . ."

„Wenig", warf Jordan ein, „bei den Anhängern des Umsturzes . . ."

„Ich glaube im Gegenteil, daß diese Antipathien tief hineinreichen in die bürgerlichen Schichten."

„Mich kümmern sie nicht!" bemerkte Jordan.

„Ein wenig sollten wir doch auf sie achten, lieber Kollege. Der Ankläger, den wir gemeinhin darstellen, sollte acht darauf haben, daß er sein klägerisch Amt mit Menschlichkeit führe. Wir sind und wollen die „objektivste Behörde" sein. Es mag in Ihrem Temperament liegen, daß Sie immer den ganzen Elan des Angreifers gegen den Angeklagten richten."

„Das tue ich, sobald ich ihn für schuldig halte."

„Gewiß. Natürlich. Aber die Art, wie Sie, Herr Kollege, die gesamte Position des Beschuldigten erschüttern, hat etwas" — er suchte nach dem Worte — „etwas — erlauben Sie mir den Ausdruck — etwas Grausames."

„Mit Beschönigungen kann man keine Schuld feststellen, Herr Geheimrat."

„Gewiß nicht. Zugegeben. — Nein. Aber — ich habe vorhin nur den letzten Schluß Ihres Plädoyers gehört. Selbst in diesen wenigen Sätzen fiel mir eine solche — wie mich dünkt — überflüssige Grausamkeit gegen den Angeklagten und ein Ausfall gegen eine Zeugin auf."

„Welche — wenn ich bitten darf?"

„Sie sprachen, Herr Kollege Jordan, von der „Braut" des Beschuldigten. Sprachen das Wort mit verdächtigender und herabsetzender Betonung aus, fügten die Bemerkung hinzu: „sagen wir richtiger Konkubine". Das ist ein solcher Zug von — wie mich dünkt — unnötiger Grausamkeit. Denn sie trifft einen Menschen, der nur indirekt mit der Sache zu tun hat, auf eine recht empfindliche Art."

„Herr von Kern, Sie sahen das Kokettengesicht jener Dirne auf der Zeugenbank. Glauben Sie etwa, daß dieses Geschöpf die unberührte Braut des angeklagten Schwindlers war?"

„Nicht im entferntesten glaube ich das, Herr Kollege. Aber dennoch halte ich es für — mindestens nebensächlich, das Gegenteil zu behaupten, und für namenlos grausam, diese Zeugin vor den Richtern auf solche Weise bloßzustellen."

„Herr Geheimrat", sagte Jordan, sich hochaufrichtend, „ich bin Ihnen ehrlich verbunden für diese Hinweise, die Ihre gute Absicht zweifellos dartun. Aber hier scheiden uns grundlegende Prinzipien. Es sind eben Weltanschauungsdinge, die hier zwischen uns treten. Gerade die Verwilderung in geschlechtlichen Dingen dünkt mich der Urgrund aller sonstigen Entartungen, die wir heutzutage in den niederen Schichten unseres Volkes mitansehen müssen."

„Ich bezweifle, Herr Kollege Jordan, daß die geschlechtliche Verwilderung heut in den niederen Volksschichten größer ist, als sie ehedem war. Und ich bezweifle ferner, daß sie in den niederen Volksschichten größer ist als in den oberen."

„Dann sind unsere Anschauungen eben unvereinbar. Was mich betrifft, Herr Geheimrat von Kern, so halte ich es für meine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, der sittlichen und in erster Reihe der geschlechtlichen Verkommenheit, wo immer sie mir entgegentritt, mit der ganzen Strenge meines Amtes zu begegnen. Diesen Krebsschaden unseres Volkslebens gilt es, mit Feuer und Schwert zu bekämpfen; wenn irgendwo Milde und Nachsicht vom Uebel wären — dann hier. Denn die Gewissenlosigkeit der geschlechtlichen Beziehungen, sie ist die entsetzliche Folge der Entkirchlichung des Volkes. Die Einführung der Zivilehe hat dieser Verwilderung weiteren Vorschub geleistet, und die Sozialdemokratie tut das Ihrige vollauf, das Volk der Kirche weiter zu entfremden. Hier sehen wir die schönen Früchte des Teufelsevangeliums der freien Liebe. Es ist Pflicht eines Königlichen Staatsanwaltes, das Seine dazuzutun, daß das Kaiserwort, dem Volke müsse die Religion erhalten werden, zu seinem Rechte kommt. Denn wo keine Religion ist, da ist auch keine Sittlichkeit. Da findet das Verbrechen leicht seine Statt."

„Bedenken Sie auch, Herr Kollege, daß Sie mit diesem Urteil einer großen gebildeten bürgerlichen Schicht, den Monistenkreisen, die ethische Unbescholtenheit einfach absprechen?"

„Ich bin Katholik und gläubig, Herr Geheimrat. Mir, wie auch jedem kirchentreuen Protestanten ist eine andere Anschauung nicht wohl zuzumuten. Ich habe vom Staatsanwaltsamte die hohe, die höchste Meinung, daß es eine ethische Instanz bedeutet. Daß es über der Sitte Wacht zu halten und jede strafbare Verletzung, die ihr zugefügt wird, mit Strenge zu ahnden habe. In diesem Bestreben will ich es eher auf mich nehmen, einmal grausam (wie Sie es nennen) zu sein, als der Verderbtheit gegenüber lasch und nachsichtig — wo immer ich auf sie stoße. In diesem Sinne und in keinem anderen will ich wirken, so lange der König mir mein Amt beläßt. In diesem Sinne will ich, daß die jüngeren Kollegen ihre Amtspflicht auffassen sollen. Hieran kann kein noch so wohlgemeinter Rat das Geringste ändern."

„Nun — ich hoffe", sagte endlich Herr von Kern, „daß diese Unterhaltung im übrigen nichts an unseren sonstigen freundschaftlichen Beziehungen ändert."

(Fortsetzung folgt.)

Der Kongreß verpflichtet sich, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die weitere Werbung von Söldnern gegen Rußland und eine Teilnahme Deutschlands an der Blockade unterbleibt und die sofortige Aufnahme von diplomatischen und writschaftlichen Beziehungen mit Sowjetrußland aufgenommen werden.

Frankreich

Gewaltiger Aufschwung der französischen Parteipresse

Wie der Pariser Populaire mitteilt, haben die letzten sechs Monate der sozialistischen Presse Frankreichs einen ungeahnt gewaltigen Aufschwung gebracht. Während der Populaire noch vor einem halben Jahre in einer Auflage von nur 40000 Exemplaren erschien, ist sie heute auf mehr als 100000 angewachsen. In der gleichen Zeit stieg die Auflage der Humanité von 90000 auf 300000. Bei Besprechung dieser Zahlen kennzeichnet der Populaire die Lügenhaftigkeit der bürgerlichen französischen Presse, die in einer Umfrage über die Auflagen der einzelnen Zeitungen die unheimlichsten Zahlen angegeben hat, Zahlen, die sie gerne einmal erreichen möchten, die aber noch nicht zu einem Zehntel zutreffen. Ironisch bemerkt der Populaire hierzu, daß, wenn die sozialistischen Blätter nach dem gleichen Rezept gehandelt hätten, er selber wenigstens eine Million und die Humanité drei Millionen hätten angeben müssen, denn es könne leicht sein, daß sie diese Ziffern in ganz kurzer Zeit erreichten.

In und um Elbing

Patriotismus nach der Elle gemessen

Die Elbinger Zeitung bringt in ihrer gestrigen Nummer einen Artikel: „Aufhebung der Zwangswirtschaft in Ost- und Westpreußen?“ Darin teilt sie mit, Graf Kanitz hätte in der preußischen Landesversammlung einen Antrag empfohlen, in Ost- und Westpreußen die Zwangsbewirtschaftung der Lebensmittel aufzuheben. Nach der Elbinger Zeitung hat der agrarische Führer dabei unter anderem zur Begründung ausgeführt:

> Im Reiche könne man allerdings die Zwangswirtschaft plötzlich nicht aufheben. Ostpreußen aber sei der Wellenbrecher, der auf allen Seiten von Polen und anderen Feinden umbrandet werde. An Stelle der Zwangswirtschaft verspreche die Berufsorganisation der ostpreußischen Landwirtschaft selbst für die Versorgung der Landwirtschaft einzustehen. Könne man die Grenze Ostpreußens nicht sperren, so lasse sich die Zwangswirtschaft nicht aufrechterhalten, denn auch die moralische Widerstandsfähigkeit habe ihre Grenzen. **Man könne nicht darauf rechnen, daß die Ostmärker für Deutschland stimmen, wenn sie die Aussicht haben, in den Zwang zurückzukehren.** Wir Ostpreußen haben das Gefühl, auf verlorenem Boden zu stehen. **Ein richtiges Verständnis nationalen Gefühls heißt es zu wecken, wenn auch die Sozialdemokratie bei dem Worte eine Gänsehaut bekomme.** Die Ostpreußen verlangen in dem Kampf um Leben und Tod, in dem sie ständen, für ihre Reichstreue keine besondere Belohnung oder Autonomie. **Die Aufhebung der Zwangswirtschaft sei für sie eine Lebensforderung.** Die Zerstückelung Preußens sei das Ziel des Friedensvertrages, aber die abgeschnittenen Glieder Preußens würden sich wie ein Wurm krümmen und würden sich wieder zusammenfinden. Ruhe gebe es nun in Europa nicht mehr.

Natürlich ist die Aufhebung der Zwangswirtschaft nur für die Agrarier eine „Lebensfrage“. Den Arbeitern und dem übrigen Teil der Bevölkerung ist wohl bekannt, daß die Zwangswirtschaft nur ein wirtschaftliches Surrogat darstellt. Sie wissen aber auch, daß sie ohne die Zwangsbewirtschaftung der Lebensmittel garnichts erhielten. Das Beispiel der Eierfreigabe beweist dieses zur Genüge. Der weitaus größte Teil der ost- und westpreußischen Bevölkerung lehnt die Kanitz'schen Unterstellungen mit Entschiedenheit ab.

Ganz offen droht dieser „Patriot“ mit dem Abfall Ostpreußens vom Deutschen Reiche. Er kann sich dabei freilich auf gleichgesinnte Mitglieder seiner Kaste berufen, die sich bemühen, das deutsche Ostpreußen an Polen zu verschachern. Mußte doch der große Kurfürst einem echten deutschen Edelmann, dem **Grafen von Kalckstein**, in Memel öffentlich den Kopf abschlagen lassen, weil Kalckstein fortgesetzt zugunsten der Polen im Lande Aufstände anzettelte. Ein anderer Junker jener Tage, Herr von Kalnein, dessen Nachkommen heute noch auf Kilgis bei Creuzburg in Ostpreußen sitzen, war um nichts besser als der gerichtete Kalckstein. Nur daß er, schlauer als dieser, beizeiten den Kopf aus der Schlinge zog und seine Genossen verriet. Die ostpreußischen Junker haben ihren Patriotismus immer mit der Elle gemessen.

Aus dem Elbinger Parteileben

Für die kommenden Stadtverordnetenwahlen ist seitens der Parteileitung und der Vertrauensmänner die Kandidatenliste bereits fertiggestellt. Sie unterliegt noch der Bestätigung der Mitglieder. Da bei der Größe der Elbinger Organisation kein Saal in Elbing groß genug wäre, eine allgemeine Generalversammlung abzuhalten, muß nach dem Muster der Großstädte eine aus Delegierten zusammengesetzte Generalversammlung entscheiden, ob die Liste gebilligt wird. Gegenwärtig finden in den Bezirken die Delegiertenwahlen statt. Auf je 50 Mitglieder entfällt ein Delegierter. Die Generalversammlung wird am 2. November vormittags 10 Uhr im Volkshause tagen.

Zum Parteitag wählt Elbing 3 Delegierte. Diese Wahl erfolgt am 9. November und zwar soll gemäß der Anregung des Parteivorstandes eine Wahl durch Urabstimmung vorgenommen werden. Es wird die doppelte Anzahl Kandidaten zur Wahl gestellt und in mehreren Lokalen abgestimmt. Die Genossen werden gebeten, auf diese Abstimmung schon jetzt aufmerksam zu machen und für rege Beteiligung zu sorgen.

Bezirksversammlung der U. S. P.

Am Dienstag den 21. d. Mts. fand die Bezirksversammlung des 1. und 5. Bezirks statt. Die bekanntgegebene Abrechnung des III. Quartals rief eine kurze Aussprache hervor. Nach vorgenommener Wahl von Delegierten zur Generalversammlung wies Genosse Vogel auf den am 16. Novbr. in Leipzig stattfindenden Parteitag hin, und forderte die Versammlung auf, hierzu der Generalversammlung drei Vorschläge zu unterbreiten. Nach lebhafter Debatte wurde diesem entsprochen. Genosse Wriedt erörterte die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen und skizzierte kurz die Aufgaben unserer Vertreter im Stadtparlament. In Verschiedenem machte er bekannt, daß unsere Presse trotz aller Widerwärtigkeiten am Mittwoch erscheine und forderte die Anwesenden auf, ihre Parteipflicht zu erfüllen und für weiteste Verbreitung Sorge zu tragen. Er machte darauf aufmerksam, daß das Interesse der Genossen nicht erlahmen dürfe und daß die Genossenschaft Elbinger Volksstimme auch weiterhin durch Zuführung neuer Mitglieder unterstützt werden müsse.

Falsche Banknoten.

Es befinden sich sehr viele falsche Fünfzigmarkscheine im Umlauf. Die Banken veröffentlichen ein Verzeichnis der ungültigen Scheine. Banknoten mit nachfolgenden in der unteren linken Ecke schwarz gedruckten Nummern sind falsch: A. 001 — B. 133 — D. 628 — E. 81 — G. 132 — H. 1—141 — J. 164—168 — H. 144.

Elbinger Stadttheater

„Das Vagabundenmädel“, Operette in 3 Akten von Jean Kren und Bernhard Buchbinder; Musik von Gilbert.

Vor einem brechend besetzten Hause gab man gestern die mit großem Beifall aufgenommene, oben genannte Operette. Die Direktion hat ihr Kassenstück, das ihr noch viele volle Häuser sichert. Gilbert hat in der Musik des Stückes noch einige Neuheiten hervorgebracht, aber Schlagermelodien sind es nicht. Er hat seine beste Zeit überstanden. Der Inhalt des Stückes: nicht besser und nicht schlechter als die übrigen Operetten. Viel Heiterkeit, ein wenig Sentimentalität und recht viel Tanz! Und das ist jetzt bei einem großen Teil des Theaterpublikums die Hauptsache.

Auf die Aufführung und Ausstattung hatte die Spielleitung große Sorgfalt gelegt. Dafür zeichnete Herr Wiesner. Ueberhaupt Herr Wiesner. — Es scheint, als ob ihm sämtliche Rollen auf den „Leib“ geschrieben sind. Er war köstlich als Vagabund Johannes Zeltinger. Ebenso sein Schwesterchen, das Vagabundenmädel. Dieses wurde von Frl. Blumenfeld recht natürlich gestaltet. Richtiges Quecksilber, doch voll anmutiger Schelmerei war ihr „Vagabundenmädel“. — „Wenn's so liebenswürdig gemacht wird“, ist auch der Beifall durchaus verdient. Frl. Tiede und Herr Kaiser als Baronesse und Baron gefielen auch allgemein, trotz ihrer unglaublichen Liebe und Millionen. Die eifersüchtige Bildhauersgattin stellte Frl. Wander dar, die ebenso, wie Herr Heidenreich als Bildhauer Martinius, eine gute Leistung bot. Bliebe nur noch Herr Lehmann als Gerichtspräsident v. Berger aus Nirgendheim zu erwähnen. Er bot seiner Rolle gemäß diese Marionettenfigur recht drastisch, wodurch die Heiterkeit im Publikum natürlich nicht gemindert wurde. Frau Hagin zeigte im spanischen Tanz und im Fackeljonglieren, daß sie sich von den andern nicht übertreffen ließ. Publikum und Direktion werden zufrieden sein. ld.

An unsere Leser!

Ihr, die Ihr die „Elbinger Volksstimme“ lest, das Blatt, das Euren Interessen dient, und für Euch kämpft:

Lest Ihr auch die Anzeigen?

Merkt es Euch: Die Einkünfte, die der Zeitung aus dem Anzeigenteil zufließen, dienen dem Ausbau des redaktionellen Teiles, der doch Euch in erster Linie zugute kommt.

Darum verdienen auch die Anzeigen Euer Interesse!

Lest sie und macht Eure Einkäufe und Besuche in den Geschäften und Veranstaltungen, die in der „Elbinger Volksstimme“ inserieren, sagt dabei aber auch, daß Ihr deshalb kauft und die Veranstaltungen unterstützt, weil sie in der „Elbinger Volksstimme“ inserieren. Damit zeigt Ihr jenen Geschäftsleuten, daß ihre Anzeigen gelesen worden sind und ermuntert sie, auch weiter in der „Elbinger Volksstimme“ zu inserieren.

Eurer Zeitung erweist Ihr damit einen großen Dienst!

Wirtschaftliches.

Billige Maschinen fürs Ausland; niedrige Löhne im Inland.

Da ist mit Hilfe der „sozialistischen“ Regierung den Arbeitern monatelang vorgeschwindelt worden, ihre „hohen Löhne“ machten die deutschen Unternehmer konkurrenzunfähig. Die unabhängige Parteipresse hat den Schwindel wiederholt aufgedeckt an der Tatsache, daß die Löhne der englischen und amerikanischen Arbeiter ein Vielfaches der deutschen Löhne betragen und aus diesem Grunde Konkurrenzunfähigkeit gar nicht in Frage komme. Die Beweise dafür mehren sich. Schon im Handelsteil der Köln. Zeitung ist unlängst darauf verwiesen worden, daß deutsche Unternehmer dem Ausland viel zu niedrige Preise stellen, es wurde für höhere Preise Stimmung gemacht. Jetzt kommen die Düsseldorfer Nachrichten mit einer Meldung aus London, wonach die Daily Mail sich über die außerordentlich billigen Angebote deutscher Maschinen aus Düsseldorf beklagt und entsprechende Maßnahmen zur Ueberwachung der Einfuhr verlangt. Das Blatt fordert zum möglichst teuren Verkauf auf. Das laute Geschrei der deutschen Unternehmer über die hohen Preise muß also zweierlei Zwecken dienen. Einmal wird die deutsche Arbeiterschaft damit an ihrer Lebenshaltung bestohlen, indem durch Vorenthaltung der notwendigen Steigerungen ihre Lebenslage viel tiefer gehalten wird, wie vor dem Kriege. Zum andern wird damit eine Konkurrenz ermöglicht, die man mit Schutzkonkurrenz richtig bezeichnen kann. Und noch ein Wichtiges kommt in Betracht. Das Reich hat ein paar Milliarden zur Verbilligung der Lebensmittel bestimmt in der Absicht, damit einen Lohnabbau einzuleiten. Die Unternehmer sind eifrig dabei, ihn zu betreiben. Letzten Endes geben ihnen also die Milliarden die Mittel, ihre billige Auslandskonkurrenz zu betreiben. Woraus hervorgeht, daß bei Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaft alle Vorteile den Nutznießern der Arbeitskraft zufallen. Aber die „sozialistischen“ Minister und ihre Vertreter, wie unlängst der Unterstaatssekretär Professor Hirsch in Vertretung des Reichswirtschaftsministeriums erklären den Kapitalisten, „die Sozialisierung könne nur mit großer Vorsicht durchgeführt werden, sie komme gegebenenfalls nur in Frage, wo wichtige Rohstoffe nutzbar zu machen sind.“ Daraus ziehen die Kapitalisten mit Recht den sicheren Schluß, daß ihrer Profitmacherei keine Zügel angelegt, die Ausbeutung nicht beseitigt werden solle. Will die Arbeiterschaft nicht für alle Zukunft unter diesen Zuständen ein kümmerliches Dasein fristen, dann muß sie selbst Hand an die Sozialisierung legen.

Bei dieser Gelegenheit ist es mindestens interessant, wie verkehrt sich die Verhältnisse bei den Rechtssozialisten spiegeln. Richard Woldt, rechtssozialistischer Redakteur, als früherer Ingenieur für einen Fachmann in solchen Fragen von seiner Partei angesehen, macht im letzten Heft der Neuen Zeit Propaganda für die „Rückkehr zur Akkordarbeit“. Dabei gibt er folgende Weisheit zum Besten:

„Die Unternehmer legen ihre Kalkulation vor. Die radikalen Schreier, die als Ausschußmitglieder oder als Betriebsräte die Interessen ihrer Arbeitskollegen zu vertreten haben, können diese Berechnungen nachprüfen. Schwarz auf weiß geht aus solchen Kalkulationen hervor, daß mit solchen geringen Arbeitsleistungen einfach der Betrieb nicht aufrechtzuerhalten ist. Die Preisberechnungen machen es unmöglich, Aufträge zu erhalten. **Das betreffende Werk wird von der Konkurrenz geschlagen. Die Arbeit wird in das Ausland vergeben. Millionenwerte sind uns allein in der Metallindustrie in den letzten Wochen entgangen, weil wir auf Grund der gegenwärtigen Arbeitsleistungen nicht mehr konkurrenzfähig sind.**“

Die kapitalistischen Profitzieher können sich beglückwünschen zu dieser rechtssozialistischen, freiwilligen Hilfeleistung. Aber die Sache ist ganz logisch: rechtssozialistische Regierungsmenschen geben den Ton an. Da sie der kapitalistischen Wirtschaft keinen Abbruch tun wollen, mühen sich die kleineren Geister der Partei erst recht um deren Bestand. Wenn die Tatsachen ihren Ausführungen widersprechen, so ist das eben das tragische Geschick ihrer Regierungsfähigkeit und Folge der Anpassungsfähigkeit.

Aus den Gerichtssälen

Der Erpresserparagraph gegen Betriebsräte

Vor einigen Tagen beschäftigte sich das Reichsgericht mit einer Revision, welche der Genosse Otto Peters, geschäftsführendes Mitglied des Bezirksbergarbeiterrates Halle, gegen das drakonische Urteil eingelegt hatte, das das Landgericht Halle am 8. Mai gegen ihn fällte. Genosse Peters war **zu 9 Monaten Gefängnis** verurteilt worden, weil er als Beauftragter der Arbeiterschaft des Hallischen Kaliwerks in Schlettau berechtigte Lohnforderungen auf energische Weise vertreten hatte. Alle Maßnahmen, die der Betriebsrat damals getroffen hatte, waren notwendig, um Aeußerstes zu verhüten. Dafür, daß der Betriebsrat mit dem Genossen Peters als Sprecher einen Streik und seine Folgen verhinderte, indem er die paar Pfennige Lohn dem Direktor abforderte und somit die Belegschaft beruhigte, wird nun unser Genosse Peters 9 Monate im Kerker sitzen. Auch das Reichsgericht verwarf die Revision mit der Begründung, die Feststellung, daß Genosse Peters einen widerrechtlichen Vermögensvorteil erstrebt hat und sich dessen bewußt gewesen ist, sei kein Rechtsirrtum. Der Erpresserparagraph scheint das neueste Mittel der bürgerlichen Klassenjustiz im Kampfe gegen die Betriebsräte zu sein. Wenn man übrigens glaubt, mit der Einkerkerung des Genossen Peters, gegen den ja seit mehreren Monaten eine ganz beispiellose Hetze entfesselt worden ist, der Rätebewegung der Mitteldeutschen Braunkohlenbergarbeiter einen vernichtenden Schlag versetzen zu können, so irrt man sich gewaltig. Derartige Klassenurteile haben noch niemals eine revolutionäre Bewegung ersticken können.

Ein neues Klassenjustiz-Urteil

16 Jahre Zuchthaus, 2½ Jahre Gefängnis, 31 Jahre Ehrverlust

Der große Streik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier erlebte dieser Tage vor dem Naumburger Schwurgericht sein erstes gerichtliches Nachspiel. Die ersten Tage des Streiks, der am 24. Februar proklamiert war, verliefen äußerst ruhig, was jedoch dem reaktionären Bürgerausschuß von Zeitz nicht zu passen schien. Um die für die Sozialisierung des Bergbaues kämpfenden Arbeiter durch Aushungerung in das kapitalistische Joch zurück zu zwingen, rief er die Zeitzer Bürgerschaft zum Bürger- und Beamtenstreik auf. Außerdem wurden Noskетruppen nach Zeitz berufen, die jedoch nichts zu tun fanden und wieder abrückten. Wurde die Disziplin der Arbeiterschaft durch diese Provokation schon auf eine harte Probe gestellt, so erreichte die Erregung der Zeitzer Arbeiterschaft ihren Höhepunkt, als sich am Vormittag des 1. März das Gerücht verbreitete, der Volksbote sei militärisch besetzt. In Wirklichkeit hatte ein Trupp von 26 bewaffneten Soldaten und 4 Polizisten die Geschäftsräume des Volksboten nach Waffen durchsucht, natürlich ergebnislos!

In dieser überhitzten Atmosphäre nun kam es am selben Tage zu einem Wortwechsel zwischen einem Leutnant Schröder und einem Matrosen wegen des provozierenden Waffentragens des Ersteren, in dessen Verlauf der Matrose von dem Leutnant erschossen wurde. Infolge dieser Bluttat kam es dann zu Ausschreitungen, in deren Verlauf der Leutnant Schröder von der erregten Menge erschlagen wurde. Auch an anderen Stellen der Stadt kam es zu Schlägereien, an denen beteiligt gewesen zu sein die Angeklagten Friedrich Fischer, Karl Steininger, Gustav Stauch, Albert Paul, Friedrich Wachtel, Gustav Zimmermann und Anna Röder beschuldigt waren. Sämtliche Angeklagten bestritten in der Verhandlung, sich an den Ausschreitungen beteiligt zu haben. Sie sind auch von keinem der Verletzten als Beteiligte wiedererkannt worden. Weibergeklatsch und gegenseitige Bezichtigungen hat sie vor das Gericht gebracht. Trotzdem wurden sämtliche sechs männlichen Angeklagten von den Geschworenen für schuldig befunden und nur Wachtel wurden mildernde Umstände zugesprochen. Das Gericht ging über die Anträge des Staatsanwalts noch

hinaus und verurteilte Fischer und Steininger zu je 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, Stauch und Zimmermann zu je zweieinhalb Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, Paul zu 5 Jahren Zuchthaus, 8 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht, Wachtel zu zweieinhalb Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust; Fräulein Röder wurde freigesprochen.

Selbst wenn durch die Verhandlungen die Angeklagten der Teilnahme an den Schlägereien überführt worden sein sollten (der Prozeß wegen Totschlag des Leutnants Schröder steht noch aus), so bedeutet dieses Urteil ein Akt der Klassenjustiz allerschlimmster Art, das uns auch zugleich in erschreckender Weise den Tiefstand unserer revolutionären Errungenschaften illustriert. Selbst aus der reaktionären wilhelminischen Epoche übernommene Richter haben in den Berliner Spartakusprozessen den Angeklagten die politische Erregung zur Zeit der begangenen Straftaten zu gute gehalten und bei der Abmessung des Strafmaßes als strafmildernd in Betracht gezogen. Hier in Naumburg hat man lediglich aus Haß gegen die revolutionäre Arbeiterschaft Urteile gefällt, die jedem menschlich fühlenden das Blut in den Adern erstarren lassen. Die Gegenrevolution will ihre Opfer haben.

Von nah und fern

Die „technische Nothilfe" mit den Handgranaten

Bürgerliche Blätter melden: In Steglitz explodierte auf einem fahrenden Militärautomobil eine Handgranate, anscheinend durch Unvorsichtigkeit der Insassen. Vier Soldaten wurden auf der Stelle getötet, einer schwer und der Chauffeur leicht verletzt.

In Ergänzung meldet T. U.: Es handelt sich um Angehörige der technischen Gruppe des Reichswehrkommandos Langwitz, die als Arbeitswilligenschutz für ein im Streik befindliches Elektrizitätswerk bestimmt waren. (!!)

Folgen christlicher Erziehung

Das Düsseldorfer Zentrumsorgan bringt folgende Notiz aus Trier:

Das städtische Lebensmittelamt hatte beschlossen, in dem widerspenstigen Orte Reinsfeld eine Zwangsrequisition von Kartoffeln vorzunehmen. Man ließ sechs leere Eisenbahnwaggons nach Reinsfeld abrollen und schickte mehrere Autos mit 20 Gendarmen und 7 städtischen Polizeibeamten zur Unterstützung des Unternehmens dorthin. Da nach Erklärung des Gemeindevorstehers die Bauern zum Höchstpreise keine Kartoffeln herausgeben wollten, begann man mit der gewaltsamen Wegnahme. Es entspann sich ein Kampf zwischen den Beamten und den widerspenstigen Bauern, die mit Steinen und Holzscheiten vorgingen. Ein 17jähriger unbeteiligter Landmann wurde von einem Schuß in den Unterleib getroffen und getötet. Erst nachdem Blut geflossen war, bequemten sich die widerspenstigen Bauern zur Herausgabe der Kartoffeln. Der Triersche Bauernverein hat gegen das Vorgehen der Stadt Trier Beschwerde beim Reichskanzler eingelegt.

Da Reinsfeld ein Bauerndorf im frommen Trierschen Lande ist und infolgedessen wohl keine „Spartakisten" kennt oder spartakistischer Verhetzung zugänglich ist, bleibt kein anderer Schluß übrig, als daß dieser landesverräterische Eigennutz der Bauern eine Folge ihrer „christlichen Erziehung" ist, nämlich der „christlichen Erziehung", die die Zentrumshäuptlinge erteilen, die mit Christentum nur den Namen gemeinsam hat.

Aus der Partei.

Der Kreisverein für Groß-Stuttgart

hat folgende Anträge an den Parteitag zur Taktik der Partei gestellt:

I. Die Partei hält fest an den Grundlinien des Aktionsprogramms, wonach wir uns auf jeden Kampfplatz stellen, einschließlich Parlamente. Die Tätigkeit innerhalb der Parlamente muß getragen sein von revolutionärem Geiste, jedes Kompromiß, jede reformistische Tätigkeit ist, weil unvereinbar mit dem revolutionären Klassenkampf, zu unterlassen.

II. Den Beitritt zur 2. Internationale lehnt die Partei ab. Der Parteivorstand wird beauftragt, mit den oppositionellen Elementen der Ententestaaten und den Parteien der 3. Internationale in Fühlung zu treten zur Aufrichtung einer revolutionären, internationalen Arbeiter-Union.

III. Abgeordnete der Partei können am Parteitag nur mit beratender Stimme teilnehmen.

IV. Reichskonferenzen sind tunlichst zu vermeiden, da sie nie ein getreues Spiegelbild der Stimmung in der Partei zum Ausdruck bringen.

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnitzki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Fleischausgabe

für die Zeit vom 20. bis 26. Oktober 1919.

Gegen Abgabe von 10/10 Abschnitten der Reichsfleischkarte:

150 g Rindfleisch mit Knochen und
50 g Wurst, letztere, soweit der Vorrat reicht.

Elbing, den 23. Oktober 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Kinder-Nährmittel-Zusatzmarke Nr. 153.

1/4 Pfund Bobons, und zwar:

Konserven-Konfekt	1 Pfund	= 3,—	Mark
Karamelbonbons	1 „	= 3,20	„
Fondants	1 „	= 4,60	„

nur bei **Füllhas**, Johannisstraße 6.

Elbing, den 23. Oktober 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Unabh. Soziald. Verein Elbing.

Nachruf.

Am Freitag, den 17. d. M., verschied durch Unglücksfall unser Genosse

Rudolf Wedhorn

im Alter von 36 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Elbing, den 22. Oktober 1919.

Die Parteileitung.

Möbelfabrik Klinger
Neust. Schmiedestraße 12/14
Lieferant guter, gediegener Möbel eigenen Fabrikates
zu anerkannt **billigen Preisen.**
Gelegenheitskäufe stets am Lager.

Für
Wäsche-Ausstattungen
empfehle ich in allen Abteilungen meines Geschäfts **erstklassige Qualitäten** sehr preiswert!!!
Meine besonders bekannte Spezial-Abteilung für
Leinenwaren, Tischzeuge
Haus- und Küchenwäsche
sowie Quantitäten **Bettwäsche**
Leibwäsche, Weisszeuge
sowie **Stickereien**
bieten eine günstige Kaufgelegenheit für
Braut-Ausstattungen
: und Ergänzungen :
J. G. Klaassen Nachf.
Brückstraße 8
Telephon 875 Telephon 875

Voranzeige!

Dem geehrten Publikum von Elbing und Umgebung die ergebene Mitteilung, daß ich in meinem Hause **Brückstraße 3,** Ecke Wasserstraße, Anfang November d. Js. ein
Eisenwarengeschäft
verbunden mit
Magazin für Haus- u. Küchengeräte
eröffne.

Langjährige Erfahrungen setzen mich in den Stand, jedem Käufer gerecht zu werden.

Mein vornehmster Geschäftsgrundsatz wird es sein: Lieferung nur erstklassiger Fabrikate zu angemessenen Preisen, höfliche, schnelle und sachgemäße Bedienung.

Der Eröffnungstag wird noch bekannt gegeben.

Hochachtungsvoll
Hermann Bruckert.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum von Elbing und Umgebung die ganz ergebene Anzeige, dass wir am Donnerstag, den 23. Oktober d. Js., **Friedrichstrasse Nr. 3** ein
Kaffee-, Konfitüren- u. Schokoladen-Spezialgeschäft
unter der Firma
Hamburger Kaffee-Lager
Gebr. Pfeil
eröffnen werden.

Prompte und reelle Bedienung wird stets unser Bestreben sein. Wir bitten um gütige Unterstützung unseres Unternehmens.

Hochachtungsvoll
Gebr. Pfeil.

Elbing, den 22. Oktober 1919.

4 Waggon Emaillewaren und Wirtschaftsgeräte
soeben eingetroffen
empfiehlt
Carl Steppuhn.

Zur Herbstsaison
empfehle für sämtliche Farb- und Reinigungssachen meine
Expreßfärberei
Inh.: Ewald Gilbers, Färbermeister
Betriebs- und Annahmeräume Gr. Zahlerstraße 24
Laden nur Innerer Mühlendamm Nr. 17.
Gardinen-Wasch- u. Spannanstalt.

Viehscheeren
offeriert
Carl Steppuhn.

Neu aufgenommen:
Elektrische Kronen,
Elektrische Zuglampen,
Ampeln u. Deckenbeleuchtung,
Spirituslampen u. -Brenner,
Karbidlampen u. -Laternen,
Hängelampen u. Küchenlampen,
Zylinder u. Glocken.
L. Wolf & Söhne
Alter Markt 35.

Reisstrahlenstärke „Remy"
pr. Pfd. **16,00** Mark, empfiehlt
H. Wegsel, Mühlenstr., Ecke Mitschmannstraße

Freitag u. Sonnabend Fleisch- und Fleischwurst-Verkauf
Roßschlächterei Georgendamm 15.

Ein Posten Schuhcreme
und
Hienfong-Essenz
billig abzugeben
für Hausierer und Händler
J. Staesz jun.
Wasserstraße 44.

W. Breitfeldt
Innerer Mühlendamm 18/19, Fernsprecher 352,
empfiehlt sein
Spezialgeschäft
in **Zigarren, Zigaretten, Rauch-, Kau- u. Schnupftabake.**
:: **Beste Bezugsquelle** :: **für Wiederverkäufer!!!**

E. Deckner
Wilhelmstraße 13
empfiehlt
Rauchtabak
prima Ware
sehr preiswert, ebenso
Kautabak.
Lampions
Kotillonorden
Kappen
für Herren und Damen
Confetti
empfiehlt billigst
G. W. Petersen
Alter Markt 33.
Vereine und Gesellschaften 10 Prozent Rabatt.

Ein Kinder-Sitz- und Liegewagen
mit Gummirädern zu verkauf.
Erbien, Kastanienallee 31, II.